

Satzung des Vereins für Internationale Jugendarbeit, Ortsverein Nürnberg e.V.

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Name und Sitz des Vereins sowie Verbandszugehörigkeit
- § 2 Gemeinnützigkeit
- § 3 Zweck des Vereins
- § 4 Mitgliedschaft
- § 5 Mitgliedsbeitrag
- § 6 Geschäftsjahr
- § 7 Vereinsorgane
- § 8 Die Mitgliederversammlung
- § 9 Der Verwaltungsrat
- § 10 Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates
- § 11 Der Vorstand
- § 12 Vertretung und Geschäftsführung
- § 13 Prüfung der Geschäfts- und Wirtschaftsführung
- § 14 Beurkundung von Beschlüssen
- § 15 Änderung der Satzung / Auflösung des Vereins

§ 1

Name und Sitz sowie Verbandszugehörigkeit

- 1) Der Verein führt den Namen „Verein für Internationale Jugendarbeit, Ortsverein Nürnberg e.V.“ und ist in das Vereinsregister eingetragen. Der Sitz des Vereins ist Nürnberg.
- 2) Der Verein ist an das Bekenntnis und die Ordnungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern gebunden. Er gehört im Sinne des Diakoniegesetzes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern als ordentliches Mitglied dem Diakonischen Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern – Landesverband der Inneren Mission e.V. an und ist damit mittelbar auch dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.
- 3) Der Verein ist Mitglied des Vereins für Internationale Jugendarbeit – Landesverein Bayern e.V. – und damit dem Verein für Internationale Jugendarbeit Arbeitsgemeinschaft christlicher Frauen Bundesverein e.V. angeschlossen.

§ 2

Gemeinnützigkeit

- 1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- 2) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- 4) Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3

Zweck des Vereins

- 1) Der Verein dient der Förderung der Bildung, der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, der Eingliederung und Integration, der internationalen Gesinnung und Völkerverständigung, der Altenhilfe sowie mildtätiger Zwecke.
- 2) Diese Zwecke werden insbesondere verwirklicht durch Beratung, Begleitung und Betreuung sowie durch die Errichtung, Unterhaltung und den Betrieb sozialer Einrichtungen und Dienste mit ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten.

Der Verein widmet sich besonders nachfolgenden Arbeitsschwerpunkten:

- a) Förderung von und Hilfestellung an berufstätigen oder noch in der Berufsausbildung stehenden bzw. Ausbildung suchenden jungen Menschen

- b) Unterhalt eines Ortes der Begegnung von Jugendlichen jeglicher Herkunft, Nationalität oder weltanschaulicher Orientierung zum gegenseitigen Austausch mit dem Hintergrund der Integration unterschiedlicher Kulturen; hierbei soll Wert auf Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Jugendlichen gelegt werden
- c) Betrieb von ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten im Rahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, sowie von Angeboten zur Förderung psychischer Gesundheit, Eingliederung und Integration junger Menschen
- d) Unterhalt eines Wohnheimes für junge Frauen aus verschiedenen Ländern, mit unterschiedlicher sozialer Herkunft und weltanschaulicher Orientierung
- e) Vermittlung von ausländischen Jugendlichen in deutsche Gastfamilien und deutschen Jugendlichen ins Ausland mit dem Schwerpunkt der Begleitung und Beratung während des Aufenthalts sowie
- f) Hilfsangebote für Jugendliche und Erwachsene in Krisensituationen
- g) Unterstützung von älteren Menschen oder Menschen, die mit Einschränkungen leben
- h) Vermittlung von geeigneten Betreuungskräften für ältere Menschen und Menschen, die mit Einschränkungen leben, sowie deren Beratung, Begleitung und Betreuung
- i) Niederschwellige Beratungs- und Betreuungsangebote für ältere Menschen

Diese Zwecke werden erfüllt als Aufgaben der Diakonie der Evangelisch- Lutherischen Kirche in Bayern.

- 3) Die Mitgliederversammlung kann mit einfacher Stimmenmehrheit die Aufnahme anderer als der oben angeführten Aufgaben beschließen, soweit es sich hierbei um steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der Abgabenordnung handelt.
- 4) Bei der Erfüllung seiner Aufgaben trägt der Verein auch Sorge für ein gleichberechtigtes Miteinander.

§ 4 Mitgliedschaft

- 1) Mitglieder des Vereins können nur natürliche Personen oder juristische Personen werden, die den Zweck des Vereins fördern wollen.
- 2) Über die Aufnahme als Mitglied, die einen schriftlichen Aufnahmeantrag an den Vorstand voraussetzt, entscheidet der Verwaltungsrat. Gegen die Ablehnung der Aufnahme durch den Verwaltungsrat, die nicht begründet zu werden braucht, steht dem/der BewerberIn die Berufung an die nächste Mitgliederversammlung zu
- 3) Der Austritt aus dem Verein erfolgt durch schriftliche Erklärung an den Vorstand. Bei Austritt ist der Mitgliedsbeitrag für das laufende Jahr noch zu entrichten.
- 4) Mitglieder, die ihrer Beitragspflicht trotz wiederholter Mahnung nicht nachkommen oder die sonst den Interessen oder der Zielsetzung des Vereins zuwiderhandeln, können durch Beschluss des Verwaltungsrates ausgeschlossen werden. Gegen die Entscheidung kann Berufung bei der nächsten Mitgliederversammlung eingelegt werden.

§ 5 Mitgliedsbeitrag

Von den Mitgliedern wird ein Beitrag erhoben, dessen Höhe von der Mitgliederversammlung festgesetzt wird.

§ 6 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 7 Vereinsorgane

- 1) Die Organe des Vereins sind:
 - a) die Mitgliederversammlung
 - b) der Verwaltungsrat
 - c) der Vorstand

- 2) Die Mitglieder des Vereins sowie von Organen des Vereins sind auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Verein oder ihren Ämtern zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten verpflichtet, die ihrem Wesen, oder ihrer Bedeutung nach vertraulich oder für den Verein von wirtschaftlicher oder sonstiger Bedeutung sind.

§ 8 Die Mitgliederversammlung

- 1) Jährlich findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt, zu der auch die Vorsitzende des Landesvereins einzuladen ist. Mitgliederversammlungen finden grundsätzlich in Präsenz statt. Die Mitgliederversammlung kann auch als Online-Versammlung durchgeführt oder eine Teilnahme ohne Anwesenheit am Versammlungsort im Wege der Online-Teilnahme ermöglicht werden. Es ist sicherzustellen, dass eine Teilnahme mit gängigen Programmen möglich ist. Die Kommunikation erfolgt zugangsbeschränkt, ausschließlich innerhalb des teilnahmeberechtigten Kreises, was durch geeignete Mittel sichergestellt wird. Für Abstimmungen werden geeignete technische Hilfsmittel verwendet. Sofern die Abstimmung anonym erfolgt, wird technisch sichergestellt, dass die Abstimmungsergebnisse und die Daten der zur Abstimmung berechtigten Personen einander nicht zugeordnet werden können.

- 2) Die Einladung erfolgt schriftlich 14 Tage vor der Versammlung unter Angabe von Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung. Die Versammlung wird von der Vorsitzenden des Verwaltungsrates - im Verhinderungsfall von ihrer Stellvertreterin/ihrem Stellvertreter einberufen und geleitet. Bei ordnungsgemäßer Einladung ist die Versammlung beschlussfähig.

- 3) Für die Auflösung des Vereins ist eine gesonderte und außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

- 4) Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert, mehrere Verwaltungsratsmitglieder zeitgleich aus dem Verwaltungsrat

ausscheiden, oder mindestens 1/10 der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Zweck und Gründen verlangt. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

- 5) Anträge an die Mitgliederversammlung müssen mindestens 8 Tage vorher schriftlich bei der Vorsitzenden des Verwaltungsrates bzw. ihrer/ ihrem StellvertreterIn eingereicht werden.
- 6) Die Mitgliederversammlung ist zuständig für:
 - a) Wahl, Abberufung und Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats
 - b) Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie des vom Verwaltungsrat festgestellten und von dem Abschlussprüfer geprüften Jahresabschlusses
 - c) Entlastung des Vorstands auf Vorschlag des Verwaltungsrats
 - d) Festsetzung der Höhe und Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge
 - e) Abschließende Entscheidung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern nach dem Verfahren gemäß § 4 Ziff.2 und 4
 - f) Beratung und Beschlussfassung über ordnungsgemäß gestellte Anträge
 - g) Beratung und Beschlussfassung über die Aufnahme neuer Aufgaben gemäß § 3 Absatz 3 der Satzung und die Beendigung bisheriger Aufgaben
 - h) Beschlussfassung über Änderungen der Satzung
 - i) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins
- 7) Beschlüsse zur Änderung der Satzung oder zur Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen. Im Übrigen entscheidet die Mitgliederversammlung mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Beschlüsse über Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.
- 8) Abstimmungs- und wahlberechtigt sind alle Mitglieder. In begründeten Ausnahmefällen kann der Verwaltungsrat einer Stimmrechtsübertragung auf ein anderes Vereinsmitglied zustimmen.
- 9) Der Jahresbericht des Verwaltungsrats sowie eine Ausfertigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung werden dem Verein für Internationale Jugendarbeit, Landesverein Bayern e.V., zugeleitet.

§ 9

Der Verwaltungsrat

- 1) Der Verwaltungsrat besteht insgesamt aus vier bis sieben sachkundigen Personen. Er wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Ein Mitglied des Verwaltungsrats soll ein/e fachkundige/r VertreterIn der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, ihrer Einrichtungen oder von Kirchengemeinden sein. Mindestens 50% der Mitglieder des Verwaltungsrats sollen Frauen sein; ihr Anteil darf 1/3 nicht unterschreiten. Wiederwahl ist zulässig. Der Verwaltungsrat bleibt bis zur Neuwahl im Amt. Bei Ausscheiden eines seiner Mitglieder während der Amtsdauer ergänzt sich der Verwaltungsrat für den Rest der Wahlperiode selbst. Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

- 2) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlperiode eine Vorsitzende und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n. Wiederwahl ist zulässig.
- 3) Sitzungen des Verwaltungsrats sind, sofern nicht anders beschlossen wird, grundsätzlich vertraulich und nicht öffentlich. Der Vorstand nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrats mit beratender Stimme teil, sofern der Verwaltungsrat dies im Einzelfall nicht ausschließt.
- 4) Mitglieder des Verwaltungsrats dürfen nicht zugleich Mitglieder des Vorstands sein. Sie dürfen in keinem Beschäftigungsverhältnis zum Verein oder zu einer Einrichtung stehen, an der der Verein beteiligt ist. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden ehrenamtlich tätig. Sie haften gegenüber dem Verein nur für solche Schäden, die durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzungen ihrerseits entstanden sind.
- 5) Der Verwaltungsrat tritt viermal jährlich, im Bedarfsfall oder auf Antrag von mindestens 2 Verwaltungsratsmitgliedern unter Angabe von Zweck und Gründen, zusammen. Der Verwaltungsrat wird von der Vorsitzenden – im Verhinderungsfall von ihrer/ihrem StellvertreterIn - mit einer Frist von 8 Tagen einberufen. Sie/Er leitet die Sitzungen.
- 6) Die Sitzungen des Verwaltungsrats sollen in Präsenz stattfinden. Wenn wichtige Umstände dies erforderlich erscheinen lassen, kann der*die Vorsitzende zu einer Online-Versammlung einladen. Es gelten die Regelungen des § 8 Abs. 1 entsprechend.
- 7) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgerechnet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Zur Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrates notwendig.

§ 10

Aufgaben und Zuständigkeit des Verwaltungsrats

- 1) Der Verwaltungsrat berät den Vorstand bei seiner Arbeit, sorgt für die Umsetzung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und überwacht die Geschäftsführung des Vorstands. Er greift jedoch nicht in die unmittelbare Führung der laufenden Geschäfte ein.
- 2) Dem Verwaltungsrat obliegen die ihm durch diese Satzung zugewiesenen Aufgaben. Insbesondere ist er zuständig für:
 - a) Berufung und Abberufung des Vorstandes, nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, sowie Abschluss, Änderung und Kündigung seines auf die Vorstandstätigkeit bezogenen Dienstvertrages,
 - b) Erlass und Änderung einer Geschäftsordnung / Dienstanweisung für den Vorstand und Beschlussfassung zu den nach der Geschäftsordnung/Dienstanweisung zustimmungsbedürftigen Geschäften,
 - c) Geltendmachung von Ersatzansprüchen, die dem Verein gegen den Vorstand zustehen
 - d) Genehmigung des vom Vorstand zu Beginn des Wirtschaftsjahres aufgestellten Wirtschafts- und Investitionsplans,
 - e) Einwilligung zum Erwerb, zur Veräußerung oder Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten,

- f) Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und Beschlussfassung über die Verwendung eines eventuell erzielten Jahresüberschusses bzw. Behandlung eines etwa erzielten Jahresfehlbetrages,
 - g) Einwilligung zur Aufnahme von Krediten sowie zu sonstigen Verpflichtungsgeschäften ab einer in der Geschäftsordnung/Dienstanweisung für den Vorstand festzulegenden Höhe, soweit diese nicht bereits im Wirtschafts- und Investitionsplan enthalten sind,
 - h) Wahl und Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer,
 - i) Beschlussfassung über Angelegenheiten, die ihm vom Vorstand zur Entscheidung vorgelegt werden,
 - j) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen dem Verein und Mitgliedern des Verwaltungsrates und Vorstandes,
 - k) Unterrichtung der Mitgliederversammlung über Sachverhalte, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins grundlegend beeinflussen,
 - l) Beschlussfassung über den Vorschlag zur Entlastung des Vorstandes in der Mitgliederversammlung.
- 3) Beim Abschluss von Vorstandsverträgen nach Ziffer 2 a) sowie bei der Durchsetzung der Ansprüche nach Ziffer 2 c) vertritt die Vorsitzende des Verwaltungsrats – im Verhinderungsfall ihr/e StellvertreterIn – den Verein.

§ 11 Der Vorstand

- 1) Der Vorstand besteht aus einer Person, die vom Verwaltungsrat für die Dauer von fünf Jahren berufen wird. Eine Wiederberufung ist zulässig. Der Vorstand ist hauptamtlich tätig und erhält für seine Tätigkeit eine angemessene Vergütung, deren Höhe vom Verwaltungsrat festgesetzt wird.
- 2) Der Vorstand bleibt so lange im Amt, bis ein neuer berufen ist. Spätestens ein halbes Jahr vor Ablauf der Wahlperiode entscheidet der Verwaltungsrat über die Wiederberufung.

§ 12 Vertretung und Geschäftsführung

- 1) Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Sinne von § 26 BGB.
- 2) Der Vorstand ist von den Beschränkungen des § 181 BGB partiell befreit für Rechtsgeschäfte des Vereins mit anderen gemeinnützigen Institutionen.
- 3) Alle die Vertretungsmacht und die Befreiung von § 181 BGB betreffenden Veränderungen sind unverzüglich zur Eintragung ins Vereinsregister anzumelden.
- 4) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins unter Beachtung der Gesetze, der Satzung, der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Verwaltungsrats sowie unter Beachtung der Geschäftsordnung, kaufmännischer Grundsätze und Sorgfalt in eigener Verantwortung.
- 5) Der Vorstand ist neben der Führung der Geschäfte auch für die Einstellung und Entlassung von MitarbeiterInnen zuständig. Der Vorstand ist zugleich Dienstvorgesetzter aller angestellten MitarbeiterInnen des Vereins.

- 6) Der Vorstand ist verpflichtet, den Verwaltungsrat in dessen Sitzungen über die allgemeine Lage und die wirtschaftliche Entwicklung des Vereins sowie über außergewöhnliche Geschäftsvorfälle zu informieren.
- 7) Die Bestellung des Vorstandes kann nur bei Vorlage eines wichtigen Grundes jederzeit widerrufen werden.

§ 13

Prüfung der Geschäfts- und Wirtschaftsführung

Die Prüfung des Jahresabschlusses einschließlich der Geschäfts- und Wirtschaftsführung des Vereins wird von einem Wirtschaftsprüfer oder einer anderen gleichwertigen Prüfungsstelle vorgenommen. Der/die 1. Vorsitzende des Verwaltungsrates, bei seiner/ihrer Verhinderung der/die 2. Vorsitzende des Verwaltungsrates, erstattet dem Verwaltungsrat und der Mitgliederversammlung über das Ergebnis der Prüfung Bericht.

§ 14

Beurkundung der Beschlüsse

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats und der Mitgliederversammlung werden protokollarisch niedergelegt. Die Niederschriften werden von der Vorsitzenden und vom/von der Schriftführer/in unterzeichnet.

§ 15

Änderung der Satzung / Auflösung des Vereins

- 1) Änderungen der Satzung, die auf Aufforderung des Registergerichtes oder des zuständigen Finanzamtes erforderlich sind, können vom Vorstand alleine vorgenommen werden, ohne dass es einer Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung gemäß § 8 Abs. 5 bedarf.
- 2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines steuerbegünstigten Zweckes fällt das Vermögen des Vereins nach Abzug der bestehenden Verbindlichkeiten an den Verein für Internationale Jugendarbeit – Landesverein Bayern e.V. – und bei dessen Auflösung an den Bundesverein für Internationale Jugendarbeit e.V. und bei dessen Auflösung an das Diakonische Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern mit der Auflage, es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des § 2 der Satzung zu verwenden.

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 08. November 2022



**Verein für Internationale Jugendarbeit
Ortsverein Nürnberg e.V.**

Glockenhofstraße 14
90478 Nürnberg

Tel 0911 / 94 44 5-0
Fax 0911 / 94 44 5-19

geschaeftsstelle@vij-nuernberg.de
www.vij-nuernberg.de

Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Frau Dr. Brigitte Bürkle

Vorstand:
Frau Tanja Krieger

Vereinsregisternummer:
VR 485 (Amtsgericht Nürnberg)